



FNCTTFEL
Landesverband



Tätigkeitsbericht der 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst.

Die 41. Konferenz fand am 17. Oktober 2014 statt.

Auf dieser Konferenz, statutarisch bedingt, fanden dann auch Vorstandswahlen statt. Yannick Jacques wurde als Präsident bestätigt, genauso wie die Vizepräsidenten Fernand Schiltz und Romain Roden sowie der Sekretär Jeff Ries und der Kassierer Marco Dall'Agnol. Als Beisitzende wurden gewählt: Isabelle Bichler, Alain Bonifas, Theo Büchler, Carlo Elter, Gérard Imbert, Armand Loesch, Alain Sertic und Alain Weiten.

Wir bedanken uns nachträglich noch einmal bei Minister Dan Kersch für seine Anwesenheit, seine Ansprache und Erläuterungen zum damaligen Standpunkt der Reformverhandlungen im öffentlichen Dienst. Dieser hatte es an dem Abend sichtlich schwer die zwei Tage zuvor von der Regierung vorgestellten Zukunftspaket mit 258 Sparmaßnahmen zu verteidigen.

Die letzten beiden Jahre waren geprägt durch unseren Widerstand gegen die Austeritätspolitik der Regierung; die neue blau-rot-grüne Ministerriege wurde wohl zahlenmäßig nur erweitert um noch besser gegen die Interessen der Schaffenden und zu Gunsten der Unternehmen vorzugehen, als ihre schwarz-roten Vorgänger.

Schwerpunkte der Berichtsperiode 2014-2016

65. Kongress des FNCTTFEL-Landesverband

Der Kongress fand statt am 30. und 31. Januar 2015.

Personalien:

Ein Schwerpunkt des 65. Kongress war sicherlich die Wahl unseres neuen Präsidenten Jean-Claude Thümmel, vormaliger Generalsekretär.

Bedingt durch seine Wahl zum Präsidenten wurde das Amt des Generalsekretärs vakant; als neuer Generalsekretär wurde Franky Gilbertz gewählt.

Viel Applaus bekam der scheidende Präsident Guy Greivelding welcher nach fast 30-jähriger Präsenz im Landesverband, mit verschiedenen Funktionen betraut, seine Ansprüche auf Rente geltend machte und somit nicht mehr für das Amt des Präsidenten zur Verfügung stand.

Die neue Verbandsleitung setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident: Jean-Claude Thümmel
Vize-Präsident: Yannick Jacques
Generalsekretär: Franky Gilbertz
Generalkassierer: Roland Schreiner
Präsident des Sektors Pensionierte: Nico Wennmacher
Zentralsekretär des Sektors Eisenbahnen: Alphonse Classen
Zentralsekretär des Sektors Öffentlicher Dienst: Romain Roden
Zentralsekretär mit gewerkschaftspolitischen Aufgaben: Georges Melchers
Beisitzender mit spezifischen Aufgaben: Georges Merenz
Beisitzender mit spezifischen Aufgaben: Romain Degeest



Präsidentin der Kontrollkommission (mit beratender Stimme): Gaby Birtz

Auch René Birgen, Experte in Eisenbahn spezifischen Fragen, wurde verabschiedet. Auf Wunsch des Vorstandes beendete er, statutarisch konform, sein Mandat erst mit dem Kongress nachdem er beruflich die Rente angetreten.

Traditionell und um unsere internationale Gesinnung zu dokumentieren, waren eine Reihe ausländische Gäste eingeladen, unter anderem Vertreter unserer Europäischen Dachverbände.

Resolution und Anträge

Mit großer Mehrheit wurden zwei Resolutionen und eine ganze Reihe von Anträgen angenommen; Dauerbrenner war und bleibt die Austeritätspolitik oder Sparpolitik dieser Regierung gegen die wir uns zur Wehr setzen und weiterhin setzen müssen. Die angesagte Steuerreform wurde behandelt mit Forderung zu mehr Steuergerechtigkeit; wir wehren uns dagegen, dass bei der Gesamtsteuerlast der Anteil den die Haushalte zahlen immer mehr steigt, wohingegen die Steuerlast der Unternehmen ständig zurückgeht.

Gefordert wurde auch eine besser ausgewogenere Lohnpolitik bei der nicht nur die oberen Gehälter erhöht werden sondern eher die unteren und mittleren Gehälter nach oben angepasst werden.

Die desolante Wohnungspolitik die die Mieten steigen und steigen lässt, wurde beanstandet sowie die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit steigt und speziell Jugendliche und ältere Menschen es immer schwieriger haben einen Arbeitsplatz zu finden, der auch diesen Namen verdient. Allgemein fordern wir von der öffentlichen Hand auch ihren Teil dazu beizutragen um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen in dem neue Stellen geschaffen werden.

Gewarnt wurde vor dem Abbau sozialer Leistungen. Die Reform der Pflegeversicherung darf nicht einhergehen mit einem Abbau der Leistungen oder einer weiteren Belastung der Beschäftigten. Beanstandet wurde die Aussetzung der Anpassung der Renten an die allgemeinen gezahlten Gehälter.

Verlangt wurde die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, welche auch von öffentlicher Hand geleistet werden müssen, da nur so die Garantie besteht, dass auch landesweit dieselben Leistungen unter denselben Bedingungen erbracht werden können. Gefordert wurde auch der Ausbau der öffentlichen Transportpolitik denn nur mit einer konsequenten Förderung des öffentlichen Transportes können wir das tägliche Verkehrschaos lösen. Leider wird noch immer dem Privatverkehr zu viel Rechnung getragen, trotz der katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt, die dieser mit sich bringt.

Der Kongress unterstützte auch die Bestrebungen der Regierung das aktive Wahlrecht unter bestimmten Bedingungen auf alle EU-Bürger zu erweitern.

Referendum zum generellen Wahlrecht für EU-Bürger

Allen Respekt zollen wir dieser Regierung dieses heikle Thema angegangen zu sein. Schade, dass die CSV es vorzog im Sog des Populismus zu schwimmen anstatt politischen Bewusstseins sowie politisches Standbein zu zeigen. Die Parole „Passt op“ spricht Bände und erinnert an düstere Zeiten der luxemburgischen Geschichte.

Aber auch das mehr als eindeutige Resultat des Referendums ändert nichts an der Tatsache, dass weiterhin im Lande Luxemburg nahezu 45% der Bevölkerung, Tendenz steigend, vom



**FNCTTFEL
Landesverband**



demokratischen Prozess der Parlamentswahlen ausgeschlossen bleiben. Ob in Zukunft eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt?

Wir sind der Meinung, dass bei solchen Voraussetzungen sich kein(e) Abgeordnete(r) wohl fühlen kann.

CETA und TTIP – nein Danke

Der Landesverband warnte seit den ersten bekannt gewordenen Gespräche über die Gefahren, welche diese Art von Verträgen mit sich bringen; logischerweise war er auch Mitbegründer der Aktionsgemeinschaft gegen CETA und TTIP. Und dass die hiesige Bevölkerung der gleichen Meinung ist bewies die Manifestation vom letzten 8. Oktober an der über 5000 Menschen teilnahmen. Verhandlungsverträge sollen und müssen sein, nur die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Unserem Verständnis nach werden Verträge unter Partnern aufgestellt, und Partner sind nun mal gleichberechtigt, somit sollten auch Vertragslosungen gleichberechtigte sein, niemand darf auf Grund eines Vertrages geschädigt werden, sondern beide Seiten sollen gleichmäßig Vorteile genießen.

Wir stellen fest, dass weltweit immer mehr nur der wirtschaftlich stärkere „Partner“ auf Kosten seines schwächeren „Partners“ profitiert. Die Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“ spricht Bände und der ökonomische Flüchtlingsstrom, den die EU ja so gerne als unberechtigt abtut, ist eine logische Folge dieser unausgewogenen und einseitigen Verträge.

Mit CETA und TTIP soll nun einem neuen Typus Vertrag zum weltweiten Durchbruch verholfen werden. Einzig und allein zählt der Profit. Alles was ein Unternehmen hindert einen maximalen Profit abzuwerfen ist nicht zulässig. Diese Zulässigkeit wird den nationalen sowie den internationalen Gesetzgebungen überstellt. Demnach, wenn ein Unternehmen meint geschäftsschädliche Bedingungen zu erleiden, darf und wird es klagen, und zwar nicht mehr wie bis jetzt üblich vor der zuständigen juristischen Instanz des betroffenen Landes, sondern vor einem beliebigen Schiedsgericht, welches sich bei seinen Urteilen nicht auf nationale und/oder internationale Gesetzgebungen berufen muss, sondern einzig und alleine entscheidet, ob die angeprangerten Maßnahmen geschäftsschädigend sind oder nicht.

Haben also z. B. laut Urteil, diese Maßnahmen ihre Ursache in der Tatsache, dass ein Land ein bestimmtes Gesetz erlassen hat, so hat dieses Land dann 2 Möglichkeiten: entweder zieht es sein Gesetz zurück, oder es zahlt eine Entschädigung an den „betroffenen“ Konzern. Dass dieses Prinzip ganz klar nur dem Profit einiger wenigen internationalen Konzernen dient und dass dabei soziale sowie Umwelt schützende Kriterien immer mehr ausgehöhlt werden, liegt auf der Hand.

Mit CETA und TTIP wird die Justiz privatisiert, eigentlich unvorstellbar. Doch was tut unsere Regierung? Sie ist gewillt diesen verhängnisvollen Verträgen zuzustimmen. Auch die große Oppositionspartei CSV unterstützt diese Haltung. Ein Trauerspiel auf Kosten der Bevölkerung.

Austeritätspolitik und Liberalisierung

Wir müssen leider feststellen, dass die federführende Politik der europäischen Union (EU) allen Erweiterungen nutzt um durch neue Gesetzesregelungen soziale Standards der nationalen

**FNCTTFEL****Landesverband**

Gesetzgebungen zu unterhöhlen. Bedingt durch das Lohngefälle zwischen den einzelnen EU-Staaten verfallen immer mehr Unternehmen der Praxis zumindest Teile ihrer Produktion auszulagern und/oder Teile ihrer Aktivitäten durch Dumpingfirmen ausüben zu lassen. Die logische Konsequenz davon ist, dass so immer mehr die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Druck geraten und wir eher eine soziale Anpassung nach unten als nach oben erleben innerhalb der EU. Dass mit den sozialen Standards auch die Sicherheitsstandards zurückgehen, wird dabei ignoriert; wahrscheinlich sind dies auch die Ursachen so mancher schwerer Unfälle.

Leider stellen wir immer wieder fest, dass unsere Regierung sich gerne hinter der EU-Politik verschanzt wenn es gilt, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen oder Privatisierungen zu erklären, aber es immer wieder versäumt sich auf europäischer Ebene für eine andere Politik einzusetzen.

Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wehrten wir uns gegen diese Politik und versuchten dabei immer erneut alle anderen Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Vorgehen zu motivieren.

Reform des Statuts und der Gehälter im öffentlichen Dienst

Sicherlich eine Konsequenz der Arroganz all jener, welche meinen das Funktionieren des öffentlichen Dienstes sei alleine und ausschließlich zwischen der Regierung und der alleinigen Gewerkschaft CGFP auszuhandeln, ist die Tatsache, dass es bis jetzt noch immer kein Gesetz gibt mit dem diese Reform im kommunalen Sektor umgesetzt wird. Auf der einen Seite ist dies sicherlich bedauerlich für die jetzt Beschäftigten, da für sie die wenig positiven Akzente dieser Reform noch nicht bindend sind. Freuen tun wir uns für alle Neueingestellten, welche immer noch das volle Anfangsgehalt erhalten, nur 2 Jahre Stagezeit verbringen müssen und bei ihrer definitiven Einstellung ihre Laufbahn noch nach Alter und vorherigen Beschäftigung berechnet bekommen.

Säßen bei den Verhandlungen alle repräsentativen Gewerkschaften mit am Tisch, so könnten von vorne herein den Verschiedenheiten der einzelnen öffentlichen Betriebe Rechnung getragen werden.

Obschon es auf der Hand liegt, versteift sich die Regierung in ihrer Haltung und sieht auch bei den momentanen Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst nur die CGFP als ihren Gesprächspartner an, anstatt sämtliche repräsentative Gewerkschaften zu konsultieren. Schade, dass die CGFP dieses Spiel mitspielt; auch wenn sie wohl beim Staat die größte Gewerkschaft ist, ist sie nicht die einzige und bei den anderen öffentlichen Diensten ist sie nicht präsent. Komisch, in diesem Falle stört sich die Regierung nicht, dass sie gegen eine OIT-Konvention verstößt.

Wir bleiben bei unserer Meinung, dass auch wir mitverhandeln müssten und werden alle anderen repräsentativen Gewerkschaften aufrufen gemeinsam die Interessen bei ihren jeweiligen Dienststellen zu verteidigen, es sind keine Dienststellen zweiter Klasse.

Wir begrüßen die Tatsache, dass die Regierung gewillt ist zusätzliche Posten im Staatsdienst zu schaffen, stellen aber fest, dass der Großteil im Schulwesen und bei der Polizei vorgesehen ist. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch die Verwaltungen mit Personal aufgestockt werden; bei einer wachsenden Bevölkerungszahl eigentlich nur logisch.



FNCTTFEL
Landesverband



Wir fordern sinngemäß, dass alle öffentlichen Verwaltungen, Gemeinden und Gemeindesyndikate ihre Personaleffektive an die zu betreuenden Menschen – ob Einwohner oder Pendler – anpassen.

Wir wehren uns besonders, dass ausgerechnet im sozialen Bereich immer mehr Teilzeitjobs geschaffen werden.

Berufskammerwahlen vom März 2015

Ab dem 20. März 2015 wurde jedem Beamten und jedem Angestellten im kommunalen Bereich ein Wahlzettel zugeschickt, mit dem er bis zum 31. März 2015 seine Vertreter in die Berufskammer wählen konnte. FNCTTFEL-Landesverband und OGBL kandidierten erstmals auf gemeinsamen Listen, dies sowohl beim Gemeindepersonal als auch in der Kategorie der Angestellten des Staates.

Am 9. April waren diese bereits ausgezählt, sodass die Resultate verkündet werden konnten. Wir bedanken uns nochmal bei unseren Wählern für das Vertrauen: mit eurer Stimme konnten wir unseren Sitz in der Kategorie des Gemeindepersonals verteidigen. Obwohl es in der Kategorie der Staatsangestellten jedoch nicht für einen Sitz ausreichte, spiegelte ein Stimmenzuwachs von 2 % klar die Zufriedenheit der Lehrbeauftragten in unsere Organisation.

Auf Grund der geleisteten Arbeit hätte unser Resultat im Gemeindesektor eigentlich besser ausfallen müssen. Dass dies nicht der Fall war, lag unter anderem daran, dass die wegweisende Gewerkschaftsarbeit des Landesverbandes – beispielsweise gegen Privatisierung und Auslagerung und für den Ausbau öffentlicher Dienste in öffentlicher Hand – nicht genügend unter den Wählern verbreitet wurde, während andere Nutznießer davon sind.

In den Berufskategorien A1, B, C und F wurden die Kandidaten der CGFP, mangels Gegenliste direkt gewählt, in den anderen Kategorien gab es Stimmenverluste von bis zu 22,44%! Dies führte sogar dazu, dass Emile Haag, bis dato Präsident sowohl der Berufskammer als auch Präsident der CGFP den Sprung nicht mehr in die Berufskammer schaffte! Romain Wolff, Generalsekretär der CGFP und heutiger Präsident der Berufskammer, wurde zwar gewählt, aber wer weiß wohl, ob es vielleicht nur daran lag, dass in seiner Berufskategorie keine Gegenliste angetreten war?

Bei den Staatsangestellten, Kategorie in welcher unsere Lehrbeauftragten vertreten sind, konnten wir ein klares Stimmenzuwachs von 2% verzeichnen, trotz einer neuen Assoziation, welche sich als diejenige ausgibt, die für sämtliche Lehrbeauftragte im Schulwesen zuständig sein soll! In Wirklichkeit ist die ACEN bemüht sich mit den Problemen der Lehrbeauftragten der Sekundarschulen auseinanderzusetzen, dies nicht ohne Grund, jedoch sind die Probleme mit denen unsere Lehrbeauftragten des fundamentalen Bildungswesen tagtäglich konfrontiert sind, komplett unterschiedlich.

Erschreckend, doch sicherlich nicht erstaunlich, nach all den verhandelten Verschlechterungen für die öffentlich Bediensteten, dies zwischen der CGFP und sowohl der vorigen als auch der aktuellen Regierung, ist die Wahlbeteiligung. In der Kategorie der oberen Laufbahn der Staatsbeamten im Bildungswesen lag so z.B. die Wahlbeteiligung bei nur 58,26%, 60,06% beim Gemeindepersonal und in der Kategorie der Staatsangestellten 49,55%. Hier merkt man sehr wohl, dass es den Öffentlichen Bediensteten reicht, doch anstatt sich zur Wehr zu setzen wurde auf die Wahlbeteiligung verzichtet!



FNCTTFEL
Landesverband



Als Sektor Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands, sehen wir unsere Position weiterhin bestätigt und werden unsere Arbeit konsequent im Interesse der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst weiter tun.

Unsere Präsenz in Betriebs-spezifischen Sektionen

Agents municipaux

Die neugeschaffene Arbeitsgruppe bestehend aus dem Innenminister, dem Justiz- und dem Polizeiminister hat das Dossier der Erweiterung der Kompetenzen der Agents municipaux endlich vorangebracht. Auf Anfrage der Verbandsleitung beim Innenminister, dieses Projekt einsehen zu können um ein Gutachten hierzu abzugeben, wurde diese kategorisch vom Innenminister verweigert!

Bei der Stadt Luxemburg mussten die Beamten wegen akuten Personalmangels alleine ihre Patrouillen erledigen. Wir waren und bleiben der Meinung, dass diese Patrouillen aus Sicherheitsgründen durch die zwei Beamten durch zu führen sind!

Auf Druck hin wurde festgestellt, dass aktuell 19 Posten in der Laufbahn des „Agent municipal“ bei der Stadt Luxemburg vakant sind. Die Neueinstellungen sollen in Kürze stattfinden, ebenfalls soll das Organigramm überarbeitet werden.

Allgemein bewegen sich die Gemeinden auf unbekanntem „Terrain“. Wie sollen Posten mit kompetentem Personal besetzt werden, wenn die Kompetenzen des Postens nicht klar definiert sind.

AVL

Die FLEAA hatte zusammen mit dem LCGB eine Anfrage bei Transportminister François Bausch eingereicht, um eine Derogation zur EU-Direktive 561/2006 zu erhalten, welche die Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer regelt, mit der fadenscheinigen Begründung, damit wolle man die Amplitude der Busfahrer in Privatunternehmen senken.

Bei der Derogation 561 handelt es sich um den Verzicht auf eine 45-minütige Fahrtunterbrechung, die durch theoretische Pausen von ca. 8 Minuten an den Endhaltestellen ersetzt werden sollte. Das Thema wurde aktuell wieder von der FLEAA aufgenommen. Die Sektion zusammen mit der Verbandsleitung wehrte sich vehement gegen eine solche Derogation. Interessant ist es zu bemerken, dass sich die Direktionen der drei Öffentlichen Busbetriebe (AVL, CFL-Bus und TICE) an ihre Seite stellten und diese ebenfalls strikt ablehnten.

Viele Diskussionen gab es im Vorfeld über Linienplanungen, welche ab dem 1. Juni 2015 in Kraft treten sollten. An diesem Tag wurde auf ein fast komplett neues Liniennetz gewechselt. Nachdem das neue Liniennetz in Kraft getreten war, wurden immer wieder Analysen gemacht und Kleinigkeiten sollten angepasst werden. Punkte, welche wohl ewig eine Katastrophe bleiben, sind die Ecke „Porte-Neuve - Rue des Bains“ und die Durchfahrt im Stadtgrund.

Unterredungen zwischen den Gemeindeverantwortlichen Lydie Polfer und Sam Tanson sowie den Sektionsverantwortlichen und Mitgliedern der Verbandsleitung fanden statt, jedoch konnte keine Einigung bei Dauerthemen gefunden werden, wie bzw. das Platzieren vom fahruntauglichen Fahrer, Psychotest, WCs und Urlaub.

Am 8. März 2016 fand die Generalversammlung der Sektion AVL des Landesverbandes statt. Hier waren mehr Anwesende zu verzeichnen als im Vorjahr, was man als durchaus positiv



FNCTTFEL
Landesverband



bewerten kann. Auch die Presse berichtete positiv über unsere Generalversammlung. Die Verkehrsschöffin Sam Tanson nahm ebenfalls teil und bezog Stellung zu verschiedenen Themen.

Bezüglich des neuen Urlaubsreglements wo die Vertreter des Landesverbands auf zukünftige Probleme aufmerksam machten, überraschte Frau Tanson mit der Aussage, dass am Ende des Jahres kein Urlaub verfallen würde. Diese Aussage gefiel dem Chef de Service des Städtischen Busdienstes Lex Bentner ganz und gar nicht.

Bezüglich des fadenscheinigen Psychotests, welcher jeden Busfahrer seit 2010 vor dem Antritt seines Amtes als Beamter durchlaufen muss, der aber vom Landesverband seit seiner Einführung vehement abgelehnt wird, gibt es viele Unstimmigkeiten. Unsere Kollegen der FGFC haben nun auch endlich dieses Thema für sich entdeckt.

Für massiven Wirbel hat die „richtige“ Handhabung im Umgang mit den Tachygraph-Karten gesorgt. Nach einer internen Untersuchung beim AVL-Fahrpersonal, stellte sich heraus, dass fast das gesamte Fahrpersonal die Nachträge bezüglich Lenk- und Ruhezeiten schlicht und einfach FALSCH eingetragen haben. Hier sei hinzuzufügen, dass anlässlich der Weiterbildung in Sanem/Colmar-Berg dieses Thema zu kurz behandelt wurde.

Ab dem 14. März 2016 wurden verschiedene Buslinien im AVL-Netz geändert, respektive angepasst; ebenfalls wurden Fahrzeiten und Wendezeiten an den Endhaltestellen angepasst, leider nicht immer im Sinne des Fahrers.

Weitere wichtige Themen waren und sind:

- WCs an den Endhaltestellen
- Handhabung von Sozialurlaub
- Interne Ausschreibungen von freien Stellen im Busbetrieb
- GT-Reserve (hier gab es ein sehr positives Resultat bei einer Umfrage unter den Reservefahrern, zur Wiedereinführung eines Pyramidensystems nach Dienstalter im Reserveroulement)
- Eintragung von mehr als 6 Urlaubstagen hintereinander bei verschiedenen Busfahrern im Reserveroulement
- Vergabe von ZR (Zusatzruhetagen) an die Fahrer des Reserveroulements.
- Ständige Verschlechterungen der Diensttouren.
- Kleiderkommission beim AVL.
- Neue Busse welche der AVL-Busbetrieb bestellt hat (Elektro-Hybrid-Busse, welche mittels Pantographen an einer speziellen Ladestation aufgeladen werden.
- Soustraitance
- Ständiges Wechseln der Diensttouren
- Katastrophale Verkehrssituation in der Stadt durch Baustellen, Tram
- Busfahrer, die weiter als Salariaé mit CDD eingestellt werden

Die Anfrage eines „prêt temporaire“ im AVL-Busbetrieb, um Busfahrer bei einem Subunternehmen auszuleihen, welche einige unserer Umläufe mit den Bussen des AVL ausführen, wurde trotz des Vetos der Delegation vom Schöffenrat genehmigt.

Die AVL-Sektion nimmt ebenfalls regelmäßig teil an dem alljährlichen Betriebsausflug für aktive und pensionierte Mitarbeiter des AVL.



TICE

Die Zeitspanne seit der letzten Konferenz war durch zwei Faktoren geprägt:

- a) Einen kontinuierlichen Ausbau der Dienstleistungen, sowohl was die gefahrene jährliche Kilometerleistung (von 5,4 Mio. auf 6,2 Mio. pro Jahr) angeht als auch das Fahrereffektiv. Derzeit zählt der TICE mehr als 400 Betriebsangehörige, wovon alleine rund 300 als aktive Fahrer arbeiten.
- b) Andererseits steigen die Leistungsanforderungen an das Personal. Die Arbeitsbedingungen verschärfen sich teils langsam und ungleich, aber der Trend der Entwicklung ist unverkennbar.

Ein negativer Einschnitt war zweifellos die Reorganisation der Dienstreisen vom Herbst 2014. Vor allem die „erleichterten Dienste“ und der City-Bus Düdelingen, wurden dabei stärker belastet.

Der Landesverband reagierte darauf mit einer offenen Versammlung am 28. Januar 2015 in Beles, unterstützt von der Verbandsführung, um Bewegung ins Spiel zu bringen. Bei der kommenden Anpassung im Juni, wurden dann Teile unsere Beanstandung umgesetzt.

Ein Dauerthema beim TICE bleibt auch die Anfrage und der Erhalt von Urlaub. Erstmals gibt es Urlaubsgruppen ohne Schulferienurlaub.

Eine Menge Regeln wurden eingeführt, so dass die Anfragen und der Erhalt von Urlaub, dann wenn man ihn benötigt, immer schwieriger wurden. Das Übel besteht darin, dass der Betrieb Urlaub immer nur teilweise freigibt. Der Zweck davon ist, dass Urlaubsanfragen nur in allerletzter Minute bestätigt werden, wenn es sicher scheint, dass keine zusätzlichen Krankmeldungen mehr eingehen!

Derzeit erhielt der TICE eine „Betriebsleitzentrale“ mit dem der Verkehr per GPS überwacht wird. Parallel dazu stieg natürlich die Anzahl an Berichten und Disziplinarverfahren an. Es gab nie so viele Geldstrafen wie in den letzten Jahren.

In diesem Kontext versucht die Führung auch statutarische Rechte, wie das Recht auf 3-tägige Krankmeldung ohne ärztliches Attest, per Dienstvorschriften auf zweimal pro Jahr zu reduzieren. Unsere Anrufung des Innenministers verhinderte dies.

Erstmals gab es auch Entlassungen von Kandidatinnen nach bestandenem Examen und Stagezeit. Per Gericht konnte dies annulliert werden, aber Wiedereinstellungen erfolgten bisher nicht. Affaire à suivre...

In der Tankermannschaft sind wir sowohl mit dem Problem von Personalmangel konfrontiert wie mit dem Problem, dass die Führung den Südgemeinden-Kollektivvertrag für Arbeiter nicht übernehmen will. Unsere Salariés sind sicherlich die für ihre Nachtarbeit am schlechtesten bezahlten Gemeindearbeiter im Süden!

In der Werkstatt gibt es zunehmend Probleme mit der Auslegung des „Cadre fermé“ der Handwerker. Es wurde damit begonnen einigen Kollegen ihren Grad nicht mehr zuzuerkennen. Der Aufstieg in die Endgrade der Handwerker wird u.a. dadurch immer unsicherer bzw. sogar unmöglich. Eine Neuregelung drängt sich auch hier auf.



FNCTTFEL
Landesverband



Der Zuwachs von sehr vielen neuen Fahrern hat der Betrieb dazu genutzt um das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verschieben. Es gibt viele CDDs oder Stagiaire, die sich nicht wehren können. Es gibt darum immer mehr Verfahren gegen Kollegen, teilweise illegale Praktiken oder „am Rande der Legalität“ stehende Methoden kommen zur Anwendung.

Die FGFC-Mehrheit in der Personalvertretung hat vor dieser Entwicklung kapituliert und hat Anfang Juli geschlossen das „Handtuch“ geworfen. Nach diesem Rücktritt versucht der Landesverband zusammen mit dem OGB-L, und tatkräftig von unserer Führung unterstützt, neue Akzente zu setzen. Für uns steht auf jeden Fall fest; ohne Druck und systematische Anstrengungen kann beim TICE nichts mehr erreicht werden!

Berufsfeuerwehr

Die Berufsfeuerwehr war beschäftigt mit der Reform der Rettungsdienste und der damit verbundenen Schaffung des „Corps Grand-Ducal d'Incendie et de Secours“ (CGDIS). Die Mitglieder sowohl der Berufsfeuerwehr der Stadt Luxemburg als auch der Flughafenfeuerwehr arbeiteten zusammen ganz vorbildlich an einem Gutachten, welcher an den Innenminister gerichtet wurde.

Unter anderem wurde bemängelt, dass:

- der spezifischen Missionen der Flughafenfeuerwehr im gesamten Projekt nicht Rechnung getragen wird;
- es aktuell beim Staat keine Feuerwehrmann/frau-Laufbahn existiert, und diese demzufolge dringend ausgearbeitet werden müsste;
- die Modalitäten eines Wechsels in die Unter- respektiv Offizierslaufbahn nicht definiert sind;
- es zur Übernahme der Berufsfeuerwehr der Stadt Luxemburg in den CGDIS zu viele negative Aspekte für das betroffenen Personal im Gesetzesprojekt sind, u.a. ist ihnen ein Wechsel in eine andere Gemeinde untersagt während der ersten Jahre;
- um in die „Brigadier“-Laufbahn zu gelangen, die Freiwilligen der Armee eine niedrigere Schulausbildung benötigen, als andere Anwärtler;
- beide Feuerwehren weiterhin ihre Arbeitsdienste auf 12 Stunden täglich beibehalten wollen;
- ...

Weitere Unterredungen zu diesem Thema gab es zwischen der Städtischen Berufsfeuerwehr und der FGFC sowie der Flughafenfeuerwehr und der ANA (Association des agents techniques), wo man sich jedoch in allen Punkten einig war.

Die Einführung des CGDIS wurde inzwischen vom 1. Januar 2016 auf den 1. Januar 2017 verschoben, jedoch bleiben noch viele Ungereimtheiten zu klären.



FNCTTFEL
Landesverband



Schulwesen und chargé/es de cours

Der Mangel an diplomierten Lehrern ist in den letzten 25 Jahren stationär geblieben. Eine Datz für alle Regierungen und die Parteien CSV, LSAP und DP, welche das Unterrichtsministerium besetzten.

Es liegt auf der Hand, dass wenn die traditionelle Ausbildung die fehlenden Lehrer und Lehrerinnen nicht hergibt, dann soll man innerhalb der anderen jetzt in der Grundschule tätigen Lehrkräfte schöpfen und über einen zweiten Bildungsweg den Lehrbeauftragten die Ausbildung ermöglichen. Dies ist eine unserer langjährigen Forderungen.

Obschon der zweite Bildungsweg für andere Berufe allgemein gelobt wird, des Weiteren es eine Anlaufstelle im Unterrichtsministerium gibt, bei der man bei nachweislicher praktischer Berufserfahrung ein Diplom erhalten kann, herrscht in diesem Sinne im Schulwesen weitgehend Stillstand.

So wurde 2007/2008 eine einzige spezielle Session angeboten aus der etwa 150 diplomierte Lehrer hervorgegangen sind. Demnach ein großer Erfolg, zusätzlich wenn man in Betracht zieht, dass von diesen ehemaligen Lehrbeauftragten momentan etliche Präsident in einer von den knapp 160 Schulen Luxemburgs sind.

Eine „Successstory“ also, die man logischerweise wiederholen müsste. Aber nicht so bei uns. Aus und vorbei. Lieber die Schulposten weiterhin mit Lehrbeauftragten besetzen als ihnen ein Ausbildungsmodell anzubieten. Ob es aus Kostengründen ist wollen wir den jeweiligen Regierungen nicht unterstellen, schließen es aber auch nicht aus.

Der Preis der fortschrittlichen Entscheidung sämtlichen Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen zu verbannen war, dass allen Religionslehrern aus der öffentlichen Schule die Möglichkeit gegeben wird, sich umzuschulen um nach bestandener Qualifikation weiterhin in der Grundschule beschäftigt zu bleiben, sei es als Lehrer, Lehrbeauftragter oder als Hilfskraft.

Parallel ging man dann endlich wieder auf unsere Forderung ein und so wurde, leider viel zu spät, den Lehrbeauftragten und den Religionslehrern ein gleiches Modell angeboten über den zweiten Bildungsweg zum Lehrerdiplom zu gelangen. Da zusätzlich die Zulassungskriterien, welche leider verschiedene Interpretationen zuließen, relativ komplex waren, konnten leider nur 24 Kandidaten in dem ersten Jahrgang eingeschrieben werden.

Wir hoffen, dass die Prozedur bis nächstes Jahr überarbeitet wird; besonders die Art des Aufnahmeexamens empfinden viele Lehrbeauftragte als nicht angebracht, so ist doch offensichtlich, dass man Lehrbeauftragten, welche eine mehrjährige Berufserfahrung ohne Beanstandungen ihr eigen nennen, nicht mit Studenten vergleichen kann, die eben gerade ihren Sekundarabschluss hinter sich haben.

Wir begrüßen, dass im gleichen Zuge - und ermöglicht durch die Umsetzung der Reform im öffentlichen Dienst - etwa 50 neue Posten mit einem unbegrenzten Vertrag für Lehrbeauftragte geschaffen wurden; allerdings bedauern wir, dass wir immer wieder gezwungen sind bei der Justiz zu klagen, damit Lehrbeauftragte, welche einen wiederholten zeitlichen Vertrag erhielten, auch einen unbefristeten Vertrag erhalten, der ihnen per Arbeitsgesetz zusteht.

Gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit - eigentlich normal! Nur im Unterrichtsministerium sieht man dies anders und verweigert den Lehrbeauftragten die Altersdécharge auf welche alle diplomierten Lehrer ab 45 Jahren ein Recht haben.



So müssen die Lehrbeauftragten ab 55 Jahren rund 20% mehr arbeiten als ihre diplomierten Kollegen. Diese Ungerechtigkeit wird neuerdings gerechtfertigt mit dem Argument, die diplomierten Lehrkräfte hätten mehr Zusatzarbeiten als die Lehrbeauftragten. Rein theoretisch stimmt dies, allerdings sind die Lehrbeauftragten zum Teil gezwungen, allein zum guten Funktionieren der Schule, diese Arbeiten ebenfalls zu leisten. Diese gleiche Zusatzarbeiten werden dann als Überstunden entlohnt und wir sind wieder bei A angelangt: in der Grundschule leisten die Lehrbeauftragten die gleiche Arbeit wie ihre diplomierten Kollegen!

Es fehlt am politischen Willen dies anzuerkennen. Dabei würde die verdiente Anerkennung der Lehrbeauftragten die Schaffung von etwa nur 30 Posten bedeuten.

Nervenaufreibend empfinden wir auch die jährliche Affektationsprozedur die die Lehrbeauftragten durchlaufen müssen um einen Posten zu besetzen. Anstatt, dass die Lehrbeauftragten sich voll auf den Endspurt des Schuljahres konzentrieren können, Elterngespräche in Ruhe vorbereiten können, sich die notwendige Zeit nehmen können die „Bilans“ der Schüler zu erstellen, sich aktiv an der Vorbereitung des folgenden Schuljahres beteiligen, sind sie zusätzlich damit belastet sich Sorgen um ihren nächstjährigen Posten zu machen.

Wir fordern, dass zumindest all jene Lehrbeauftragten, welche 55 Jahre haben, von dieser Prozedur losgebunden werden und sie einen definitiven Posten bei einer Gemeinde erhalten. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass eine Prozedur erarbeitet werden soll, die es auch den Lehrbeauftragten mit einer langjährigen Schulpraxis erlaubt, definitiv einer Gemeinde angeliebert zu werden.

Foyers Scolaires und Maisons Relais

Immer mehr Eltern sind gezwungen (oder gewollt) ihre Kinder außerhalb der Schulzeit in „Foyers Scolaires“, respektiv in „Maisons de Relais“ einzuschreiben, da sie selbst einer Berufstätigkeit nachgehen.

Wir stellen leider fest, dass es in vielen Gemeinden noch immer Wartelisten gibt, demnach nicht alle Kinder eingeschrieben werden können und die Eltern sich somit selbst überlassen sind, wie sie ihren Beruf mit der Kinderbetreuung vereinbaren. Wir fordern die Gemeinden auf weitere Anstrengungen zu unternehmen um allen Eltern eine Einschreibung ihrer Kinder zu ermöglichen.

Dabei muss natürlich auch das notwendige Betreuungspersonal eingestellt werden. Wir bedauern die momentane Praxis vieler Gemeinden immer mehr Teilzeitposten zu schaffen wenn es um die außerschulische Betreuung der Kinder geht. Allein organisatorisch fehlt es so oft an Zeit um die Aktivitäten ordentlich vorzubereiten und ist kurzfristig zusätzlich eine Person abwesend, dann entsteht ein Engpass an Personal, der eine ordnungsmäßige Betreuung nicht mehr zulässt. Falsche Reaktionen seitens des noch verbleibenden Personals sind so vorprogrammiert und werden bewusst mit in Kauf genommen.

Wir verlangen, dass Vollzeitposten die Regel sein müssen. Es ist nicht normal, dass ausgerechnet im Erziehungswesen die Teilzeitjobs nur so sprießen. Eine logische Folge ist sicherlich dass viele Erzieher sich nach einem neuen Posten umsehen und ein überdurchschnittlicher Personalwechsel die Folge ist. Der Qualität der Betreuung kommt dies kaum zu Gute.



FNCTTFEL
Landesverband



Vertretungen des Sektors Öffentlicher Dienst

Sektorenvorstand

Yannick Jacques, *Präsident*
Justin Turpel, *Ehrenpräsident*
Fernand Schiltz, *Vizepräsident*
Romain Roden, *Vizepräsident*
Jeff Ries, *Sekretär bis zum 21. Oktober 2016*
Marco Dall'Agnol, *Kassierer*
Isabelle Bichler
Alain Bonifas
Theo Büchler
Carlo Elter
Danièle Feller
Pascal Hansen
Gérard Imbert
Mike Jaerling
Edmée Kirsch
Armand Loesch
Alain Sertic
Alain Weiten

In der Verbandsleitung:

Yannick Jacques, *Vizepräsident*
Romain Roden, *Zentralsekretär des Sektors Öffentlicher Dienst*

Im Verbandsrat:

Yannick Jacques
Romain Roden
Carlo Elter
Isabelle Bichler
Marco Dall'Agnol
Yves Dondelinger
Armand Loesch
Jeff Ries
Fernand Schiltz
Alain Sertic

Vertreter der Berufssektionen:

Jean Di Cillia
Gérard Imbert
Dino Magnoni
Fränk Birden
Alain Weiten
Danièle Feller
Mike Jaerling
Fritz Lippert



FNCTTFEL
Landesverband



In der Berufskammer (CHFEP)

Carlo Elter

Theo Büchler, *Ersatzvertreter bis zum 11. November 2015*

Yannick Jacques, *Ersatzvertreter ab dem 11. November 2015*

Zentralkommission im Innenministerium

Yannick Jacques

Romain Roden, *Ersatzvertreter*

Beamtendelegation der Stadt Luxemburg

Wayne Stoffel

Theo Büchler

Carlo Elter

Alain Bonifas

Yannick Jacques

Lou Dondlinger, *Ersatzpersonalvertreter*

Gérard Imbert, *Ersatzpersonalvertreter*

Danièle Feller, *Ersatzpersonalvertreter*

Mike Jaerling, *Ersatzpersonalvertreter*

Patrick Clement, *Ersatzpersonalvertreter*

Salariatsdelegation der Stadt Luxemburg

Frank Birden

Patrick Birden, *Ersatzpersonalvertreter*

Beamtendelegation des TICE

André Mathieu, Präsident

Alain Sertic, Sekretär

Marc Reuter

Félix Stringini, *Ersatzpersonalvertreter*

Germain Gros, *Ersatzpersonalvertreter*

Werner Gaubig, *Ersatzpersonalvertreter*

Delegation des Verkéiersverbond

Ruben Brito, Präsident

Andy Schmit

Christian Tolksdorf, *Ersatzpersonalvertreter*

Cynthia Pettinger, *Ersatzpersonalvertreter*